

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) =
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Essene in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

No. 133

Donnerstag, den 7. November 1918

69. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

XVIII. Armeekorps
Stellvertretendes Generalkommando.
Abt. 35. Tab. Nr. 22556/3285.
Gouvernement der Festung Mainz.
Abt. VII. Pol. Nr. 60566/31928.

Betr.: Verkehr von schweren Lastkraftwagen auf
öffentlichen Straßen.

Verordnung.

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Besatzungs-
zustand vom 4. Juni 1851 bestimmen wir für den Befehls-
bereich des 18. Armeekorps und des Gouvernements Mainz:
Den wegen der vorhandenen Transportschwierigkeiten
vom Kriegsministerium für den Heimatverkehr zur Verfügung
gestellten schweren Lastkraftwagen mit elektrischem Betrieb
und Dampfmaschinen wird der Verkehr auf allen öffentlichen
Wegen freigegeben.

Frankfurt a. M., den 16. Oktober 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General:

Riedel,

General der Infanterie.

Mainz, den 16. Oktober 1918.

Der Gouverneur der Festung Mainz:

Pausch,

Generalleutnant.

Betr.: Ablieferung von Wild.

Da jetzt die Treibjagden beginnen, machen wir die Jagdberechtig-
ten erneut auf die Bestimmungen betreffend den Verkehr mit
Wild gemäß der Verordnung vom 23. September 1917 sowie die
von uns dazu erlassene Anordnung vom 6. November 1917 (ver-
öffentlicht im Rheingauer Anzeiger Nr. 134 und 135 und Rhein-
gauer Bürgerfreund Nr. 140 und 141) aufmerksam und unterlassen
nicht, auf die Anzeigepflicht bei Treibjagden und die Pflicht der
Ablieferung des auf Treibjagden und anderweit erlegten Wildes
hinzuweisen. Dies gilt auch insbesondere bezüglich des im eignen
Haushalt zur Verwendung gelangenden Wildbretts.

Rüdesheim a. Rh., den 4. November 1918.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

An die Magistrate zu Eltville, Geisenheim, Lorch,
Rüdesheim und die Herren Bürgermeister in
Erbach, Riedrich, Oestrich und Winkel!

Die Erhebung der außerordentlichen Kriegsabgabe für das
laufende Rechnungsjahr ist als Einzelerhebung nur den Gemeinden
mit mehr als 2000 Einwohnern übertragen. Für die Gemeinden
mit weniger als 2000 Einwohnern erfolgt die Einzelerhebung durch
die Königl. Kreisämter.

Für alsbaldige Anlegung des Einnahmebuches und des Anhangs
dazu (Rufnummer 7 und 8 der Ausführungs-Bestimmungen des Reichs-
kassiers, Zentralblatt für das deutsche Reich 1918, S. 801 ff.) ist
seitens der Kreisämter Sorge zu tragen. Die Bordscheine sind auf
Gemeindekosten zu beschaffen und in den einschlägigen Geschäften
zu haben.

Bei Ueberführung der Sollbücher wird mitgeteilt werden, mit
welchem Zeitpunkt die zinsfreie Beitreibung der Kriegsabgabe
zu erfolgen hat.

Ist die Frist zur Entrichtung der Kriegsabgabebeträge ab-
gelaufen, ohne daß Zahlung erfolgt ist, so ist der Wichtige mit
dreitägiger Frist zu mahnen. Nach fruchtlosem Ablauf der Mahn-
frist ist zur Zwangsversteigerung nach den Bestimmungen der Ver-
ordnung vom 15. November 1890 und der dazu ergangenen Aus-
führungsbestimmungen zu schreiten.

Die Kreisämter ersuchen ich noch darauf hinzuweisen, daß, da
die Annahmewerte der zur Entrichtung von Kriegsabgabe ange-
nommenen Schuldverrichtungen, Schuldbuchforderungen und
Schadensweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reiches ver-
schieden hoch festgesetzt sind, je nachdem diese Kriegsanleihenwerte
auf Kriegsabgabe und Zuschlag nach den Gesetzen vom 21. Juni
1916, 9. April 1917 (auf Kriegsabgabe 1916) oder auf Kriegsab-
gabe für das Rechnungsjahr 1918 nach dem Gesetz vom 26. Juli
1918 angenommen werden (zu vergl. § 32 des Gesetzes vom 1916
und § 38 des Gesetzes von 1918) und auch die Verwaltungskosten-
vergütungen für die Kriegsabgabe 1916 und für die Kriegsabgabe
1918 verschieden hoch sind, es notwendig ist, daß bei allen Mah-
nungen, Bescheidigungen, Ablieferungen und in allen Uebersichten
u. dgl. die Einnahmen an Kriegsabgabe 1918 und die auf diese
Einnahmen in Anrechnung kommenden Kriegsanleihenwerte streng
getrennt gehalten werden von den Einnahmen an Kriegsabgabe
1916 und den darauf in Anrechnung kommenden Kriegsanleihen-
werten.

Die an die Gemeinden zu entrichtende Vergütung für die
Einzelerhebung ist seitens des Herrn Finanzministers für je 100
Mk. erhoben und an die Staatskasse abgelieferte Kriegssteuer für
1918 auf 10 Pfennig festgelegt.

Rüdesheim a. Rh., den 29. Oktober 1918.

Der Vorsitzende

der Einkommensteuer-Berantlagungskommission
des Rheingaukreises.

An die Magistrate und Herren Bürgermeister des
Rheingaukreises!

Betr.: Erhebung der Kriegssteuer 1918.

Gemäß Verfügung der Königlichen Regierung zu Wiesbaden,
Abt. III a/1, vom 2. ds. Mts., Nr. 1914, ist die Erhebung der
Kriegsabgabe für die Hebesgebiete, die nicht mehr als 2000 Ein-
wohner haben den Kreisämtern überwiesen worden.

Rüdesheim a. Rh., den 29. Okt. 1918.

Der Vorsitzende

der Einkommensteuer-Berantlagungskommission des
Rheingaukreises.

Die Magistrate — Herren Bürgermeister — ersuche ich um
Vorlage eines Revisorzeichnisses betreffs Kriegs- und Besitzsteuer
nach dem Stande vom 31. März 1918 binnen 10 Tagen. In
Spalte Bemerkungen ist die Ursache des Rückstandes und die zur
Beseitigung desselben getroffenen Maßnahmen anzugeben. Gleich-
zeitig ersuche ich, binnen gleicher Frist ein Revisorzeichnis bezüglich
der Einkommen- und Ergänzungsteuer für 1917 vorzulegen unter
Begründung des Rückstandes und Angabe etwaiger Stundung.
Die auf die einzelnen zu benennenden Steuerjahre entfallenden
Reste sind anzugeben.

Rüdesheim a. Rh., den 29. Okt. 1918.

Der Vorsitzende

der Einkommensteuer-Berantlagungs-Kommission des
Rheingaukreises.

Warnung für die Selbstversorger.

Wer dem Schleichhändler und dem Hamsterer Getreide
und Kartoffeln aus seiner Ernte verbotsmäßig verkauft,
schädigt die Allgemeinheit und sich selbst! Wird unserem
Kreis ein Teil unserer Vorräte durch Schleichhändler und
Hamsterer genommen, so können wir die Mengen, die wir
zur Ergänzung der Versorgung der Einwohner unseres
Kreises unbedingt brauchen, nur aufbringen, wenn wir die
Nation der Selbstversorger herabsinken! Jeder Landwirt
weiß, was das für seine Wirtschaft bedeutet. Jeder Land-
wirt und jede Landfrau möge sich also sagen: das, was
jeder der Schleichhändler und Hamsterer zum Schaden der
Allgemeinheit davonträgt, muß ich selbst mit meinen Ange-
hörigen aus meinen Vorräten nochmals hergeben.

Rüdesheim a. Rh., den 15. Oktober 1918.

Der Königliche Landrat,

Wagner.

Wilson's Antwortnote

W. S. a. g. 6. Nov. Holländisch Neues-Bureau
meldet aus Washington: Staatssekretär Lansing hat
am 5. November durch Vermittlung des schweizerischen
Gesandtschaftsträgers an die deutsche Regierung fol-
gende Note gelangen lassen:

In seiner Note vom 22. Oktober 1918 habe ich
Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Rotenwech-
sel mit den deutschen Behörden denjenigen Regierungen,
mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten ver-
bündet ist, mit dem Anbieten übermitteln hat, daß,
wenn die Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den
angegebenen Bedingungen und Grundfäden herbeizuführen,
ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten
Staaten zu eruchen, den gegen Deutschland verbündeten
Regierungen die notwendigen Bedingungen eines
Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die In-
teressen der beteiligten Staaten in hohem Maße wahr
und den verbündeten Regierungen die unbeschränkte
Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen
Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und
zu erzwingen, wenn sie einen solchen Waffenstillstand
vom militärischen Standpunkt aus für möglich halten.

Der Präsident hat noch ein Memorandum er-
halten, das die Anmerkungen der verbündeten Regie-
rungen über den Rotenwechsel enthält und folgender-
maßen lautet:

„Die verbündeten Regierungen haben sich vollstän-
dig mit dem Rotenwechsel, der zwischen dem
Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deut-
schen Regierung erfolgte, beschäftigt. Sie erklären
sich nach den ihnen gewordenen Mitteilungen bereit,
mit der deutschen Regierung Frieden
zu schließen, auf Grund der Bedingungen, die
der Präsident in seiner Ansprache im Kongress vom 8.
Januar 1918 dargelegt hat und ebenso auf Grund
des Programms, das er in seinen folgenden Ansprüchen
zum Ausdruck brachte. Die verbündeten Regierungen
weisen darauf hin, daß § 2, der sich auf die gewöhn-
lich als Freiheit der Meere bezeichnete Frage
bezieht, verschiedener Auslegungen fähig ist, von denen
einige nicht angenommen werden können. Sie müs-
sen sich daher in dieser Hinsicht jegliche Freiheit vorbe-
halten, wenn sie auf der Friedenskonferenz erscheinen.
Ferner hat der Präsident bei Abfassung der Fried-
ensbedingungen, die er in seiner Vor-
schau vom 8. Januar niedergelegt hat, erklärt, daß
die besetzten Gebiete nicht nur geräumt,
sondern auch wiederhergestellt sein müssen
(restored). Die verbündeten Regierungen sind der An-
sicht, daß es keinem Zweifel unterliegen wird, daß sie
diese Maßnahmen in sich schließen. Sie versprechen sie
dahin, daß Deutschland für jegliche Schäden, die der
Zivilbevölkerung der Verbündeten und ihren Besitz-
tümern durch den Angriff Deutschlands zu Lande, zu
Wasser und in der Luft, zugefügt worden ist, Ent-
schädigung leisten muß.“

Lansing fährt dann fort: Ich bin vom Präsi-
denten beauftragt, zu sagen, daß er sich in Ueber-
einstimmung mit der im letzten § 6 des Memo-
randums gegebenen Auslegung mit den Verbünde-
ten befindet. Ferner habe ich vom Präsidenten den

Auftrag, Sie zu bitten, der deutschen Regierung mitzu-
teilen, daß Marshall Foch von der Regierung der
Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen den
Auftrag erhalten hat, gehörig beglaubigte Vertre-
ter der deutschen Regierung zu empfangen und ihnen
die Waffenstillstandsbedingungen mitzu-
teilen.

Abreise der deutschen Delegation.

W. S. Berlin, 6. Nov. (Amtlich.) Die deut-
sche Delegation zum Abschluß eines Waf-
fenstillstandes und zur Aufnahme von Fried-
ensverhandlungen ist heute nachmittag von
Berlin nach dem Westen abgereist.

Ein Aufruf des Reichskanzlers.

W. S. Berlin, 6. Nov. (W. S. Amtlich.) Der Reichs-
kanzler erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

„Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note ge-
antwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten die vierzehn
Punkte, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar
ds. Js. zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der
Meere zugestimmt haben, und daß die Waffenstillstandsbe-
dingungen durch Marshall Foch mitgeteilt werden. Damit
ist die Voraussetzung für die Friedens- und Waffenstillstands-
verhandlungen gleichzeitig geschaffen. Um dem Blutvergießen
ein Ende zu machen, ist die deutsche Abordnung zum Ab-
schluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedens-
verhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen
abgereist.“

Die Verhandlungen werden durch Unruhen und
disziplineloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Ver-
lauf ernstlich gefährdet.

Ueber vier Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit
und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges ge-
tragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur
die unbedingte Einigkeit des ganzen deutschen Volkes die
großen Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die
inneren Kräfte versagen, so sind die Folgen nicht abzusehen.
Die Aufrechterhaltung der bisher bewährten
Ordnung in freiwilliger Manneszucht ist in dieser Ent-
scheidungsstunde die unerlässliche Forderung, die jede Volks-
regierung stellen muß.

Mag jeder Staatsbürger sich der hohen Verantwortung
bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke
gegenüber trägt.

Der Reichskanzler: Max, Prinz von Baden.

Aufruf der Reichsregierung.

W. S. Berlin, 5. Nov. (Amtlich.)

An das deutsche Volk! Die Not der Zeit
lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volk. Wir
müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwin-
den. Heute schon müssen wir arbeiten für die glück-
licheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Anrecht
hat. Die neue Regierung ist am Werke, diese Arbeit zu
leisten. Wichtiges ist erreicht:

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist
geschafft. Eine neue Regierung hat sich aus
den Vertretern der Mehrheitsparteien gebildet. Der
Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen
zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstages
und damit des Volkes. Grundlegende Rechte
sind von der Person des Kaisers auf die Volksver-
tretung übertragen worden. Kriegserklä-
rung und Friedensschluß unterliegen der Ge-
nehmigung des Reichstages. Die Un-
terstellung der Militärverwaltung
unter den verantwortlichen Reichskanzler ist
durchgeführt. Eine weitgehende Amnestie wurde
erlassen. Pressefreiheit und Versam-
lungsfreiheit sind gewährleistet. Doch vieles bleibt
noch zu tun. Die Umwandlung Deutsch-
lands in einen Volksstaat, der an politi-
scher Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staat
der Welt zurückbleiben soll, wird entschlossen weiterge-
führt. Die Neugestaltung kann ihre bestreute und
heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in
der Verwaltungs- und Militärbehör-
den findet, der ihren Zweck erkennt und fördert. Wir
erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher
Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß
sie unsere willigen Mitarbeiter sein werden. Wir brau-
chen in allen Teilen des Staates und des Reiches die
Aufrechterhaltung der öffentlichen Si-
cherheit durch das Volk selbst. Wir haben
Vertrauen zu dem deutschen Volke. Es hat sich in vier
furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird
sich nicht von Phantasien sinn- und nutzlos in neues

Stund und Verderben hineintreiben lassen. Selbstsucht und Ordnung tun not. Jede Disziplinlosigkeit wird den Abschluß eines baldigen Friedens auf das schwerste gefährden. Die Regierung und mit ihr die Zeitung von Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen einen christlichen und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen. Den seit Wochen in harten Kämpfen stehenden Truppen muß durch Ablösung Ruhe geschaffen werden. Nur zu diesem Zwecke, aus keinem anderen Grunde sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden. Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank; durch ihren Todesmut und ihre Manneszucht haben sie das Vaterland gerettet. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, ihre und ihrer Familien Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren, jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiet sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt. Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährung, sowie aller Lebensverhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen! Kampf und Friede sind unsere gemeinsame Aufgabe. Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Eurer Vertrauen, das uns unerlässlich ist, in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Verlass.

Der Reichsfeldmarschall Graf von Bodo, der Stellvertreter des Reichsfeldmarschalls von Bodo, der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg, der Staatssekretäre: Dr. Solf, Graf v. Helldorf, Dr. v. Krosigk, Krosigk, von Wolde, Hr. v. Stein, Scheidemann, Gröber, Erzberger, Hauptmann, Bauer, Trimborn, der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter v. Mann, der Kriegsminister Scheuch.

Ämtliche deutsche Heeresberichte.

W. B. Großes Hauptquartier, 5. Nov.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen der Schelde und Duse haben die Engländer und Franzosen ihre großen Angriffe wieder aufgenommen. Durch gewaltigen Einsatz an Artillerie und Panzerwagen suchten sie den Durchbruch auf der mehr als 60 Kilometer breiten Front zu erzwingen. In schweren, bis in die Dunkelheit währenden Kämpfen gelang es unseren an Zahl weit unterlegenen Truppen, den feindlichen Angriff aufzufangen und den Durchbruch zu verhindern. Südlich der von Valenciennes nach Nordosten führenden Straße wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab. Die gegen unsere neue Front Sebourg-Wagnies gerichteten Angriffe wurden durch erfolgreiche Gegenstöße auf den Höhen östlich dieser Orte zum Scheitern gebracht. Wagnies-le-Petit, das vorübergehend in Feindeshand geriet, nahmen wir wieder. Den beiderseits von Le Quesnoy vordringenden Angriff brachten wir südlich von Wagnies-le-Petit und bei Solmines zum Stehen. Le Quesnoy, durch beiderseitige Umfassung bedroht, wurde beschlagnahmt geräumt. Der gegen den Wald von Mormal gerichtete Sturm des Gegners kam in dem westlichen Teil des Waldes zum Stehen. Auch südlich des Waldes wurde der Feind am Vormittag hinter unsere vordersten Linien auf den Höhen westlich des Sambre-Rivekanals abgewiesen. Am Nachmittag setzte der Gegner seine Angriffe fort. Der Schwerpunkt lag nördlich und südlich des Waldes. Nördlich des Waldes gingen wir den Stoß östlich von Solmines, südlich des Waldes am Sambre-Rivekanal auf. Der Kanalabschnitt östlich von Ors und Chatillon wurde gegen alle feindlichen Anstürme behauptet. Südlich von Chatillon stieß der Feind in etwa 1 bis 2 Kilometer Tiefe über den Kanal vor. Hier brachten ihn an der Straße La Croix-Dise örtliche Kampftruppen zum Stehen. Vor der Kanalfront zwischen Fresnoy und nordöstlich von Estreux brachen alle Angriffe des Feindes zusammen. Zwischen Estreux und der Duse konnte er an einzelnen Stellen das östliche Ufer gewinnen. Auch hier gelang es ihm nicht, über unsere vordersten Stellungen hinaus vorzudringen. Südlich der Duse fand dem starken Artilleriefeuer, das sich am frühen Morgen bis zur Dämmerung, heftige Angriffe südlich von Guise, bei le Herie und gegen Bois-le-Baron gefolgt. Der Feind wurde überall, teilweise im Gegenstoß, abgewiesen.

An der Aisnefront keine Kampfhandlungen. Zwischen der Oise und Somme die heftigsten Teilvorstöße des Gegners. Auf den Höhen südlich von Beaumont wiesen wir heftige Angriffe der Amerikaner ab. Im Walde von Dieulouart wichen unsere Truppen stärkeren Angriffen beschlagnahmt auf das östliche Maasufer nördlich von Sionas aus. Südlich von Dun wurden feindliche Abteilungen, die über die Maas vorstießen, auf den Fluß zurückgeworfen. Auf den Höhen westlich der Maas stützten sich starke Angriffe, westlich der Mosel Teilvorstöße der Amerikaner.

Der erste Generalquartiermeister:
Gröner.

W. B. Großes Hauptquartier, 6. Nov.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Infanteriekämpfe in der Schelde-Niederung. Auf dem Schlachtfeld zwischen der Schelde und der Oise haben wir uns vom Gegner abgesetzt. Der Feind, der gestern nach starkem Artilleriefeuer seine Angriffe wieder aufnehmen wollte, stieß auf geräumte Stellungen. Bei seinem weiteren Vorgehen wurde er durch unsere Nachhut in Einzelkämpfen verwickelt, die im Walde von Mormal und südöstlich von Landreies größeren Umfang annahmen. Der Feind stand am Abend westlich von Bavae, am Ostrand des Waldes von Mormal, östlich von Landreies und östlich von Guise. Auch zwischen der Oise und der Maas haben wir größere Bewegungen durchgeführt. Der Gegner ist im Laufe des Tages gefolgt und hat westlich der Aisne die allgemeine Linie Morle-Dizy-le-Gros-Ecloy erreicht. Westlich der Aisne stehen wir nördlich von le Chesne und westlich von Beaumont mit ihm in Gefechtsstellung. Stärkere Angriffe des Feindes bei Beaumont und Letanne wurden abgewiesen.

Südlich von Dun stieß der Amerikaner unter heftigem Feuer über die Maas und drang in die Wälder auf den Höhen Maasböden zwischen Mailla und Vilosnes ein. Das sächsische Jäger-Regiment Nr. 7 warf den in der Mitte der Kampffront auf Fontaines vorgehenden Feind zurück und nahm den Sponoy-Wald wieder. Die Kämpfe fanden auf dem Raum der östlichen Maasböden ihren Abschluß. Auf dem Ostufer der Maas schlugen brandenburgische und sächsische Regimenter erneute Angriffe der Amerikaner auf den Höhen östlich von Sionas und im Wald von Estreux ab.

Wir schossen am 4. November 45 feindliche Flugzeuge ab. Oberleutnant Bolle und Leutnant Rönne errangen ihren 35. Luftsieg.

Der erste Generalquartiermeister:
Gröner.

Deutschland und Rußland.

Abbruch der Beziehungen.

(b.) Berlin, 6. Nov. Man mußte schon seit einiger Zeit, daß die Berliner russische Vertretung, an deren Spitze Herr Joffe steht, planmäßig für die Verbreitung des Bolschewismus in Deutschland wirkt. Die Risse, die dem russischen Kurier aus Moskau vor dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin platze, und aus der Flugblätter auf das Straßenpflaster fielen, die Aufrufe zum Revolutionskampf in Deutschland und Anweisungen für diesen Kampf durch Mord und Terror enthielten, haben unwiderlegliches Beweismaterial hierfür ergeben. Man weiß nicht, auf wie lange die „Tätigkeit“ zurückliegt, aber man wird sich nicht trauen, daß dies Herr Joffe auf eigene Faust tat, vielmehr hat er im Auftrag seiner Regierung gehandelt. Als der britische Vertreter in Moskau, Lord Hardi, an Treibereien gegen die russische Regierung sich betätigt hatte, da hat die Sowjetregierung auf das entschiedenste protestiert und ein Verbleiben Lord Hardis nicht weiter geduldet. Man kann sich nicht vorstellen, daß die deutsche Regierung da anders handelt. Herr Joffe war bereits im Auswärtigen Amt vorstellig, und man nimmt an, daß dort eine Aussprache über die von der russischen Volksfront betriebene revolutionäre Propaganda stattgefunden hat. Die Berliner Stelle der russischen Telegraphen-Agentur wurde ebenfalls aufgehoben. Außerdem verlangt die deutsche Regierung von der russischen Regierung Bürgschaften dafür, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Agitation und Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben werde, und daß der noch immer ungeklärte Mord an dem Gesandten Grafen Mirbach eine ausreichende Sühne finde. Die russische Regierung wurde ferner ersucht, bis zur Erfüllung dieser Forderungen ihre sämtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Ebenso wurden die deutschen amtlichen Vertreter in Rußland abberufen. Darunter sind neben den konsularischen Vertretern alle Personen zu verstehen, die in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung tätig waren. Die künftige Beurteilung hingeben, entsteht uns durch den Abbruch der Beziehungen kein Schaden.

...

(b.) Berlin, 6. Nov. Der „Vorwärts“ beschäftigt sich auch mit dieser russischen Flugblatt-Propaganda und schreibt u. a.: Unsere Arbeiter werden jetzt gegen Flugblätter nur umso vorsichtiger sein. Wir wollen keine russischen Zustände, denn wir wissen, daß das russische Volk unter der bolschewistischen Herrschaft Hungers stirbt, obwohl Rußland ein vorzügliches Ackerbauland ist. In Deutschland müßte die Anwendung dieser Methoden zu noch viel entsetzlicheren Zuständen führen. Die deutsche Arbeiterklasse ist sozialistisch durch und durch, aber den Bolschewismus lehnt sie ab. Diese Ablehnung ist bei den alten Anhängern der alten Sozialdemokratie vollständig; sie wird aber auch von dem weitaus größten Teil der Unabhängigen geteilt. Mit dem Bolschewismus einverstanden ist nur ein ganz kleiner Kreis, die Spartakus-Gruppe. Während die Unabhängigen wie wir Sozialdemokraten den Frieden wollen, bekämpfen die Spartakusleute den Frieden. Sie sehen in Wilsons Friedensprogramm nur ein Mittel, die soziale Revolution Deutschlands zu erzwingen und möchten am liebsten den Krieg bis zur völligen Auflösung weiterführen. Die deutsche Arbeiterklasse lehnt es ab, sich russischen Zwecken dienstbar zu machen. Sie hat fürwahr Besseres verdient, als das russische Hungergeld, das noch hundertmal ärger ist als in Deutschland. Sie will den Frieden, die Demokratie und den Sozialismus und lehnt unerbetene Belehrung ab.

Zur inneren Lage.

Die Vorgänge in Kiel.

U. Kiel, 5. Nov. Ueber bedauerliche Vorgänge, die am Sonntag in Kiel stattfanden, meldet die „Kieler Zeitung“ u. a., daß auf dem Großen Grenzerplatz in Kiel eine Versammlung abgehalten wurde, an der sich auch Marinemannschaften beteiligten. Ein Führer der Unabhängigen hielt eine Ansprache. Nach Beendigung der Versammlung bildete sich ein Zug, der auf seinem Wege zur Stadt die Leute aus der Kaserne Waldwiese aufnahm. Das Innere der Kaserne wurde erheblich beschädigt, und aus ihr eine Anzahl Waffen entnommen. In der Stadt schlossen sich dem Zug viele Personen, unter ihnen zahlreiche Matrosen an. Die Menge begab sich nach der Militär-Arrestanten-Anstalt, und beschloß dort die zurückgebrachten Gefangenen zu befreien. Sie wurde aber an der Ecke der Karlstraße durch Militär angehalten. Der beschließende Offizier forderte die Menge zum Zurückgehen auf. Allein, die Menge brangte vorwärts und wich auch nicht zurück, als einige blinde Schüsse abgegeben wurden. Jetzt erfolgte der Befehl zum Schießen, dem bedauerlicherweise eine Anzahl Menschen zum Opfer fielen. Es gab 8 Tote und 29 Verwundete. Dem Vernehmen nach sollen auch aus der Menge, während sie flüchtete, Schüsse gefallen sein.

Die Kieler Unruhen sind, dem „Vorwärts“ zufolge, auf das Gerücht zurückzuführen, die Seeoffiziere seien mit der Friedenspolitik der Regierung nicht einverstanden und beschloß, ihr zu wider zu handeln, was von amtlicher Seite entschieden bestritten wird.

(b.) Kiel, 6. Nov. Nach dem „Hamburger Fremdenblatt“ erklärte ein Erlaß des Gouverneurs, in dem die ausständigen Matrosen aufgefordert wurden, ihre Wünsche zu äußern. Infolgedessen traten, wie die Kieler Blätter berichten, die Abordnungen der Matrosen zu einer Versammlung im Gewerkschaftshaus zusammen und

stellten ein Programm ihrer Wünsche auf. Darunter befinden sich folgende: Die Anerkennung des inzwischen gebildeten Soldatenrates, bessere Behandlung der Mannschaften, Befreiung von der Gruppensicht, Gleichheit der Offiziere und Mannschaften in der Verpflegung, Aufhebung der Offizierskasinos, Freigabe der wegen Gehorsamsverweigerung verhafteten Personen, die sich zur Zeit in den Arrestlokalen befinden und Strafschlichter der nicht auf die Schiffe zurückgekehrten Mannschaften. Diese Forderungen wurden dem Gouverneur überbracht und von ihm gutgeheißen. Inzwischen strömten von den Schiffen zahlreiche Mannschaften in die Stadt hinein. Die Matrosen sind vollständig Herren der Schiffe, die Offiziere sind ohnmächtig und können sie nicht zurückhalten und ebenso wenig in ihren Handlungen behindern. Auf dem Linienschiff „Raiser“ verteilten die Offiziere mit der Waffe in der Hand die deutsche Kriegsflagge, wurden aber durch die Mannschaften bezwungen, die dann die Kriegsflagge herunterholten und die rote Flagge hissten. Von den Offizieren sind zwei tot, darunter der Kommandant, und mehrere verwundet. Von vier Infanteriekompanien, die nachts in Kiel ankamen, haben sich sofort drei der Bewegung angeschlossen, die vierte wurde entwaflnet. In den Nachtstunden kam auch von Wandsbek militärische Hilfe; sie wurde eine Stunde vor Kiel von den Marinemannschaften mit Maschinengewehren empfangen und zur Rückkehr gezwungen. Der Soldatenrat hat beschlossen, daß alle Offiziere in ihren bisherigen Stellungen verbleiben sollen, sich aber den Anordnungen des Soldatenrates zu fügen haben. Der Befehl, den Offizieren die Kasernen abzunehmen, wurde auf Anregung des Arbeiterrates rückgängig gemacht und ausdrücklich betont, man müsse unter allen Umständen den Offizieren ein menschenwürdiges Los zuteil werden lassen. Aus dem Turm des königlichen Schlosses mußte die Standarte des Prinzen Heinrich niedergeholt werden. Die Nahrungsmittelkontrolle liegt in den Händen des Soldatenrates. An verschiedenen Stellen der Stadt sind Maschinengewehre aufgestellt. Die Bürger können vollständig frei verkehren.

Unter Staatssekretär Haußmann fand im Belstein des Generalgouverneurs und des sozialdemokratischen Abgeordneten Roske eine Sitzung statt. Man einigte sich auf folgende Punkte: 1. Haußmann nimmt die Forderungen der Matrosen an und verpflichtet sich, eine Durchsetzung bei der Regierung, 2. sofortige Abbrechung sämtlicher gegen die Bewegung gerichteten militärischen Maßnahmen, 3. Einwirkung zum Einlaufen der Flotte, 4. unter Mitwirkung des Arbeiterrates werden dem Soldatenrat die Akten der in Haft befindlichen Personen vorgelegt, um über deren Freilassung mit Ausnahme der wegen unehrenhafter Handlungen Verurteilten zu entscheiden.

Staatssekretär Haußmann ist in Berlin eingetroffen, um dem Kriegsministerium Bericht zu erstatten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Roske verließ in Kiel. Die Reichstagsabgeordneten Haase und Ledebour wurden telegraphisch nach Kiel berufen.

Die Forderungen des Kieler Soldatenrates.

U. Berlin, 6. Nov. In der am Montag Abend auf der Marinekaserne abgehaltenen Besprechung mit Haußmann und Roske erging folgende Kundgebung: Kameraden! Der gestrige Tag wird in der Geschichte Deutschlands für ewig denkwürdig sein. Zum ersten Male ist die politische Macht in die Hände der Soldaten gelegt worden; ein Jurist gibt es nicht mehr. Große Aufgaben liegen vor uns; aber damit sie erfüllt werden können, ist Einheit und Geschlossenheit der Bewegung erforderlich. Wir haben einen Soldatenrat eingesetzt, der einmütig mit dem Arbeiterrat verhandelt. Folgt seinen Anweisungen, und inwieweit sorgt für Ruhe und Ordnung, damit sich nichts ereignet, was gegen uns ausgenutzt werden kann. Denkt auch an die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Kasernen.

Die „Kieler Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen nachträglich ausführlich die Forderungen des Kieler Soldatenrates, die vom Gouverneur angenommen wurden: 1. Freilassung sämtlicher inhaftierten politischen Gefangenen; 2. vollständige Rede- und Pressefreiheit; 3. Unterlassung der Verlesung; 4. sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch die Vorgesetzten; 5. straffreier Verkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in den Kasernen; 6. die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben; 7. alle Schutzmaßnahmen mit Blutvergießen haben zu unterbleiben; 8. alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden vom Soldatenrat festgestellt; 9. es gibt außer Dienst keine Vorgesetzten mehr; 10. unbedingte persönliche Freiheit jedes Mannes von der Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Tages; 11. die Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alle übrigen haben ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren; 12. jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienst zu befreien; 13. Ähnliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind durch Mitglieder des Soldatenrates zu treffen. Diese Forderungen sind für jede Militärperson die Ziele des Soldatenrates.

Bewegung in Hamburg.

U. Hamburg, 6. Nov. Da sich die streikenden Demonstrationen, die sich bisher in ruhiger Weise abspielten, verstärkt haben, bleibt die Hamburger Börse heute geschlossen. Soldaten und Marineangehörige nahmen ihren Offizieren und den noch nicht angeschlossenen Kameraden die Waffen ab. Auf den Bersten ruht die Arbeit fast gänzlich. Die Schiffe im Hafen tragen rote Flaggen. Heute Mittag wurde ein Soldatenrat gebildet, der an die Kommandantur in Altona folgende Forderungen in Form eines Ultimatus gestellt hat: 1. Freilassung aller inhaftierten Militärpersonen, 2. Abschaffung aller Grabschneiden, 3. Übernahme der Lebensmittelversorgung durch den Soldatenrat. Bis 4 Uhr nachmittags wird Antwort gefordert.

Der Erfolg der Kundgebung in München.

(r.) München, 5. Nov. Bis jetzt wurden auf zunehmende Erklärung des Oberreichsanwaltes drei Inhaftierte sofort auf freien Fuß gesetzt. In den Abendstunden zogen einige hundert Personen durch die verschiedenen Straßen der inneren Stadt, zerstreuten sich aber alsbald in verschiedene Gasthäuser.

Erlaß des Königs von Bayern.

(r.) München, 5. Nov. Ein Erlaß des Königs Ludwig bestimmt, daß allen denen, die infolge der Kriegsverhältnisse aus Not und nicht aus Gewinnsucht eine strafbare Handlung begangen haben, die gegen sie bis zum heutigen Tage durch bayerische

bürgerliche Gerichte oder Verwaltungsbehörden erlassen Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, erlassen werden. Zur Einschränkung der Strafverfolgungen und Verurteilungen auf Grund der kriegswirtschaftlichen Vorschriften hat die bayerische Staatsregierung entsprechend dem vielfach im Volk und im Landtag geäußerten Wunsch beim Bundesrat den Erlass einer Verordnung beantragt, wonach die Gerichte ermächtigt werden sollen, bei Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften auf Antrag des Staatsanwalts das Verfahren einzustellen, wenn das Verschulden des Täters und die Folgen der Tat geringfügig sind. Die Staatsregierung wird außerdem in den nächsten Tagen beim Landtag den Entwurf eines Gesetzes einbringen, durch das die schon durch das Gesetz vom 4. Dezember 1915 in beschränktem Umfang erweiterte Möglichkeit einer gnadewelschen Niederschlagung von Strafverfahren beträchtlich erweitert werden soll.

Aus Bayern.

Der österreichisch-ungarische Waffenstillstand steht voraus, daß unsere Divisionen aus den verschiedenen Balkanstaaten innerhalb von 14 Tagen sich nicht mehr auf österreichischem Boden befinden dürfen. Das ist eine kurze Frist. Allerdings sind diese Bedingungen für uns nicht verbindlich, falls wir entschlossen sind, uns die Rückführung zu erzwingen. Die Italiener haben eine Gebirgsstraße besetzt, die sie bis auf weniger als 50 Kilometer an das bayerische Gebiet heranbringt. Das ist unangenehm für uns, erst recht, da die deutschen Österreicher selber erklären, kein Heer zu ihrer Verfügung zu haben, das die Entente an ihrem Vordringen hindern könnte. Glücklicherweise rücken die Italiener bisher nur langsam nach und werden bald durch die Jahreszeit behindert werden. Hilfsmittel werden sie in dem Lande selbst augenscheinlich nicht in erheblicher Menge vorfinden, auch nicht an Kohlen und Transportmitteln. Kommt es nicht zum Waffenstillstand, müssen wir damit rechnen, in unserm Süden eine neue Kriegsfrente entstehen zu sehen. Verzweifelt ist die Lage nicht. Das Ersatzheer hat die Front bereits besetzt, zudem kommen noch die zurückgerufenen Divisionen des Südens und Ostens, die dort aktiv mit eingreifen werden. Hinzu kommt, daß der Gegner selbst eine geraume Zeit zu seinem Aufmarsch braucht. Immerhin: ernst, sehr ernst wollen wir der neuen Lage entgegensehen.

Badens Parlamentarisierung.

(r.) Karlsruhe, 5. Nov. Auch in Baden beschäftigt man sich mit der Parlamentarisierung der Regierung. Das badische Staatsministerium ist bereit hierzu und wartet nur noch die Stellungnahme der Parteien hierüber ab.

Die unabhängigen Sozialdemokraten.

W. Stuttgart, 5. Nov. Eine Rundgebung von mehreren tausend Arbeitern, insbesondere der Unternehmenseinzelwerke, fand gestern mit dem Schloßplatz statt. Ein Führer der unabhängigen Sozialdemokraten hielt eine Ansprache, in der er die sozialistische Republik forderte. Im Anschluß an die Versammlung fand ein Zug zum Ministerium des Innern statt, wo eine Abordnung der Demonstranten dem Minister des Innern ihre Forderung überbrachte.

Die neue Regierung Elsaß-Lothringens.

(d.) Straßburg, 5. Nov. Vor kurzem weilten Dr. Schwaner und Staatssekretär Haug in Berlin und hielten der neuen Regierung eingehend Vortrag über ihre Bemühungen zwecks Herbeiführung einer Kabinettsbildung, die bekanntlich nicht zustandekam, deshalb, weil die Parteien den kommenden Dingen nicht vorgreifen und erst die Wirkung der Wilsonschen Friedensbedingungen abwarten wollten. Der Reichskanzler war mit anwesend bei dieser Besprechung, und dieser bedauerte es, daß die vorgenannten Herren ihr Mandat zur Verfügung stellten. Man kam dahin überein, daß die Reichsleitung beiden vollständigen Vertrauen aussprach und sie bei im Amte zu bleiben.

(d.) Straßburg, 5. Nov. Eine stark besuchte Versammlung von Alt-Elsässern nahm eine Erklärung an, worin behauptet wird, daß die Faktion der 2. Kammer sich durch ihr passives Verhalten dem Gebot der Stunde entzieht und erhebt das Recht auf Selbstbestimmung für das elsäß-lothringische Volk. Das Schicksal von Elsaß-Lothringen soll nur durch die Volksabstimmung entschieden werden. Ein Telegramm in diesem Sinne wurde an Wilson abgesandt.

Die Zensurvorschriften sind die gleichen wie in den übrigen Teilen des Deutschen Reiches.

Tagesgeschichte.

Selberich.

W. Neustadt a. d. H., 5. Nov. Staatsminister Dr. Selberich sprach gestern vor einer aus allen Teilen der Wahl stark besuchten Versammlung über Krieg und Frieden und die Kriegsausleihe. Er gab in großen Zügen eine Darstellung der Ursachen und Beweggründe, die zu dem Ersuchen um einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen führten. Solange ein für unsere Ehre und unser Dasein annehmbarer Friede nicht gesichert sei, dürften wir uns nicht weichen lassen. Vielmehr müsse sich das deutsche Volk stark und entschlossen zeigen. Auch ein schlechter Erfolg der neuesten Kriegsausleihe würde der Feind uns anders, zu seinen Gunsten auslegen. Ueber die neue Volksregierung sagte er: Vermehrte Macht bedeutet vermehrte Verantwortung. Nur wenn jeder einzelne sich von diesem gesteigerten Verantwortungsgefühl durchdringen lasse, werde die Neugeburt unseres öffentlichen Lebens neue Kräfte wecken, neue Energie in den Dienst des bedrohten Vaterlandes stellen und uns helfen, Volk und Reich zu seinem neuen Leben und Gedeihen zu führen.

Kleine Nachrichten.

Der Dank des Kaisers.

W. Berlin, 5. Nov. Der Kaiser hat an die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz ein Dankschreiben gelangen lassen. Es heißt da: Bei meinem Wiederentreffen im Großen Hauptquartier hat mir der Generalfeldmarschall von Hindenburg erneut über die außerordentlichen Leistungen des Heeres in den letzten Monaten Vortrag gehalten. Allen Führern und Truppen spreche ich meine warmen Anerkennung aus. Ich gedanke vor allem der Truppen an der Oise und Aisne, deren Tapferkeit die großen Pläne des Gegners bisher zunichte machte. Ich habe die feste Über-

sicht, daß die Heeresgruppe auch fernerhin ihre Pflicht tun wird. Wilhelm I. R.

An die anderen Heeresgruppen des Westens hat der Kaiser ähnlich lautende Telegramme geschickt.

(d.) Hanau, 5. Nov. Fürst Friedrich von Waldeck-Rymont hat dem Waldeckischen Landtag aus dem Reinertrag des Domänenvermögens 300 000 Mark zur Deckung von Kriegsschäden zur Verfügung gestellt.

(d.) Haag, 5. Nov. Die holländische Regierung hat vier Schiffe der Batavia-Linie der französischen Marine zur Verfügung gestellt, damit auf diesen die Flüchtlinge aus Nordfrankreich in ihr Land zurückgebracht werden können. Jeder Transport wird etwa 1500 Personen aufnehmen, sodas in kürzester Zeit alle französischen Flüchtlinge wieder heimgeführt sein dürften.

(d.) Basel, 6. Nov. Die „Daily Mail“ meldet aus Rom: Der Wert des an Italien auszuliefernden österreichischen Kriegsmaterials einschließlich der Kriegsflotte ist auf mehr als 8 Milliarden Lire zu schätzen. (Das wäre allerdings ein gutes Geschäft!)

(d.) Kopenhagen, 5. Nov. Die Sozialisten stellen im Reichstage den Antrag auf Verfassungsänderungen: Dem König soll das Recht entzogen werden, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Der König sei zu dieser Aenderung geneigt.

(d.) Genf, 5. Nov. Senator Lodge sagte in New-York in einer Rede, Wilson hätte auf die Waffenstillstandsverhandlungen keinen Einfluß, dagegen werde der Friedensschluß unter Wilsons Friedensgrundsätzen zur strengen Durchführung kommen.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Auszeichnung vor dem Feinde.

Winkel, 7. Nov. Dem Gefreiten Valentin Raster von hier wurde am 30. Oktober das „Eiserne Kreuz“ erster Klasse für ganz besondere Tapferkeit vor dem Feinde verliehen.

Mangel an elektrischem Strom.

— Ellwille, 5. Nov. Der „Rheinwälder Beobachter“ bringt in seiner Nr. 107 vom 2. ds. Mts. folgende Notiz: Cassel, 29. Okt. Infolge Kohlenmangels stellte das städtische Elektrizitätswerk die Stromlieferung für Fabriken und gewerbliche Werke ein. Der Straßenverkehr ruht auf allen Linien.

Raninchen-Ausstellung in Niederwalluf.

+ Niederwalluf, 7. Nov. Am kommenden Samstag und Sonntag findet dahier in der geräumigen Turnhalle eine lokale Raninchen-Ausstellung statt, zu welcher bereits über 150 Tiere aller Rassen angemeldet sind. Zur Prämierung der edelsten und in ihrer Zucht vorzüglichsten Tiere sind seitens der hiesigen Bürgererschaft in anerkannter Weise ansehnliche Preise gestiftet worden. Bei dem anerkannten Nutzen, den die Raninchenzucht in bezug auf Pelz- und Fleischlieferung, vornehmlich in der laufenden Kriegszeit geboten hat, dürfte der Besuch dieser Ausstellung für Jedermann nur lehrreich und von Interesse sein.

Gefangenensucht.

* Erbach-Rh., 6. Nov. In der Nacht vom 4. zum 5. ds. Mts. sind 8 französische Gefangene, welche bei Garmisch bei einquartiert und hier beschäftigt sind, über den Rhein entflohen. Dieselben nahmen zur Flucht über den Rhein einen Kahn aus dem Schlosse Reinhartshausen, der am anderen Tage am jenseitigen Ufer abgeholt werden mußte.

Für Touristen.

< Hallgarter Jange, 7. Novbr. Die Turm- und Wirtschaftsanlagen auf der Hallgarterjange bleiben während der Wintermonate geschlossen. Gesellschaften, die beabsichtigen, die Hallgarterjange, den herrlichsten Ausblick über das Rheingaugebirge, 580 m über dem Meerespiegel, 500 m über dem Rhein mit seinem, vom Rhein- und Taunus-Club Wiesbaden errichteten 18 m hohen steinernen Aussichtsturm zu besuchen, werden gebeten, rechtzeitig dem Vorstand des Rhein- und Taunus-Club Wiesbaden (Herrn Gustav Vietor, Wiesbaden, Kleine Burgstr. 7 oder Herrn Ludwig Becker, Papierhandlung, Wiesbaden, Gr. Burgstr. 11) Mitteilung zu machen und wird alsdann veranlaßt, daß die Besucher Wirtschaft und Turm geöffnet finden.

Hausversteigerung.

* Weisenheim, 5. Nov. Bei der gestrigen Versteigerung des Hauswesens des Herrn Georg Messing in der Winkelers Landstraße wurde das Haus bei einem Gebote von 26 000 M. Herrn Franz Rückert hier zugeschlagen. Der Versteigerer hat 8 Tage Bedenkzeit.

Schleichhandel mit Vieh und Fleisch.

W. Kadesheim a. Rh., 6. Nov. Trotz der bereits am 28. Mai ds. Jrs. seitens der Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden zu Frankfurt a. M. erlassenen Bekanntmachung betreffend den Handel mit Vieh und der dazu getroffenen Anordnung des Kreisamts vom 7. Juni ds. Jrs. mehrten sich in letzter Zeit die Fälle, in denen sich Landwirte dadurch strafbar machen, daß sie, entgegen den erlassenen Vorschriften, Vieh, insbesondere Rinder, an Personen veräußern, welche nicht in der Lage sind, sich über die bestimmungsgemäße Benutzung der angekauften Tiere durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde auszuweisen. Wir veräumen daher nicht, darauf hinzuweisen, daß nach gewordenen Mitteilungen seitens der mit der Ueberwachung des Schleichhandels mit Vieh und Fleisch betrauten Stelle die Beobachtung der Bestimmungen betr. den Handel mit Vieh aufs schärfste kontrolliert und jede Zuwiderhandlung zur Anzeige gebracht wird. Die von den Viehhaltern geltend gemachten Gründe, wonach ihnen die Vorschriften unbekannt gewesen seien, können als strafmildernd nicht gelten. Die Bestimmungen betr. den Handel mit Vieh sind nicht nur in den amtlichen Kreisblättern veröffentlicht, sondern es ist auch wiederholt seitens der Gemeindebehörden auf die Einhaltung derselben verwiesen worden.

Hoteldiebe.

* Bingen, 6. Nov. Ein Mann in Uniform der sich in einem hiesigen Gasthaus einlogiert hatte, entwendete aus dem Kleiderschrank seines Nachbargimmers Kleidungs-

und Uniformstücke sowie verschiedene Gebrauchsgegenstände. Darauf hat der Mann ein Bettuch in Streifen geschnitten und ist davon aus dem zweiten Stockwerk auf die Straße gelangt. Nach der zurückgelassenen Uniform dürfte es sich um einen Heizer von einem Rheindampfer handeln. Sicherlich trägt der Mann jetzt die gestohlene Uniform.

* Alzey, 4. Nov. Vergangene Nacht übernachteten im Hotel „Vormstädter Hof“ zwei Herren, einer in Uniform, der andere in Zivil. Als heute früh der Hotelbesitzer nach den Gästen sah, waren sie ausgeflogen und hatten sämtliche Bett- und Tischwäsche sowie die Gardinen aus drei Zimmern, nach den heutigen Preisen im Werte von über 1000 M., mitgenommen. Die Diebe haben den Frühzug nach Worms um 4,26 Uhr zur Abreise benutzt. Leider konnte der Hotelbesitzer, da er keinen telephonischen Anschluß bekam, nicht sofort die auswärtige Polizei von dem Diebstahl benachrichtigen.

W. Saarbrücken, 6. Nov. Auf der Fahrt von Böllingen nach Bux geriet ein Wagen eines Personenzuges in Brand. 14 Reisende verunglückten tödlich, während 13 Personen Verletzungen erlitten. Vermutlich ist Benzin oder ein anderer feuergefährlicher Stoff heimlich im Wagen mitgeführt worden.

Der Verkauf geschlachteter Gänse.

* Von unterrichteter Seite schreibt man uns: Es wird daran erinnert, daß der Verkauf geschlachteter Gänse an Privats von 1. November dieses Jahres ab verboten ist. Dieses Verbot ist erlassen, um die Verfälschung von Getreide und Kartoffeln zur Markt unmöglich zu machen. Soweit nach dem 31. Oktober noch Schlachtgänse im Verkehr sein sollten, dürfen sie nur an den kommunalverordnet abgesetzt werden, der seinerseits für Abgabe an die Städte Sorge tragen wird.

Die Schwarzschlachtungen.

* Ein Vertreter des Hamburger Kriegsverorgungsamtes sagte in einer Erklärung über die Frage der zukünftigen Ernährung u. a., daß in einem Vierteljahr 400 000 Stück Rindvieh und 321 000 Schafe unerlaubtweise geschlachtet worden seien. Darum sei die Einfuhr der fleischlosen Wochen notwendig geworden. — Die aber den Selbstversorger bekanntlich nicht treffen, der an den Schwarzschlachtungen hauptsächlich schuld ist. Man kann schon beinahe sagen, daß das meiste Fleisch in den fleischlosen Wochen verbraucht wird. Natürlich im Schleichhandel.

Für 100 000 Mark

Blusen und Kleiderstoffe erbeuteten Einbrecher, die einer großen Blusen- und Kleiderkonfektion G. m. b. H. in der Kommandantenstraße in Berlin einen Besuch abstatteten. Die Diebe schnitten in die vom Hofe zu den Geschäftsräumen führende Tür ein Loch, drangen in die Räume ein und raubten alles zusammen, was sie an Blusen und Kleiderstoffen erreichen konnten. Die umfangreiche Beute muß mit einem Wagen fortgeschafft worden sein. Von den Tätern und der gestohlenen Ware ist noch keine Spur gefunden worden.

Ermordung einer Frau.

* Gestern wurde die 34 Jahre alte Frau Emma Konrad in ihrer Wohnung in Salz bei Bieg a. d. Oder tot im Zimmer liegend aufgefunden. Die polizeilichen Nachforschungen ergaben, daß am Vormittag ein Mann und eine Frau im Ort waren und nach Lebensmitteln vorgesprochen hatten; sie sind dann zu der Frau Konrad gegangen. Weiter wurde festgestellt, daß sie von dort aus mit dem nächsten Zug in der Richtung nach Berlin abgefahren sind. Wahrscheinlich sind die Besucher mit der Frau in Streit geraten, in dessen Verlauf sie von ihnen ermordet wurde. Der Mann wird als ein 20—22 Jahre alter junger Mann beschrieben, der dunkelblondes Haar hatte und einen dunklen Ueberzieher und schwarzen Hut trug. Die Frauensperson ist 21—22 Jahre alt und war mit einem dunklen Jackett sowie einem schwarzen Hut mit rotem Laub bekleidet.

Zurückhaltung des Papiergeldes

Ist der neueste Anlauf, dem ein Teil unserer Bevölkerung huldigt, ein noch blühenderer Anlauf als vor etwa Jahresfrist das Salzhamstern. Zu welchem Zweck diese Zurückhaltung eigentlich erfolgt, ist auch dem Scharfsinnigsten unergreiflich. Soweit das zurückgehaltene Papiergeld im Umlauf steht, hat der Staat durch die Bankgesetze das Recht, neues an dessen Stelle zu drucken; und die einzige Ungelegenheit, die dem Staate erwächst, sind somit die Druckkosten. Die Verwendung des zurückgehaltenen Papiergeldes im Umlauf aber hängt ganz und gar vom Ende des Krieges ab. Weht dieser befriedigend aus, dann gilt unser ganzes Papiergeld in aller Welt, und der, der es jetzt zurückhält, hat nur den Schaden des Zinsverlustes bis dahin. Wird aber durch einen unglücklichen Kriegsschluß unser Papiergeld entwertet, dann können sich diejenigen, die es jetzt zurückhalten, später die Finger damit tapezieren. Hoffentlich wird der Staat bald Aenderungen schaffen, indem er neue Noten drucken und die bisherigen außer Kurs setzen lassen wird.

Zur Bekämpfung der Banknotenhamsterei

und zur Steuerung der daraus resultierenden Geldknappheit macht Herr F. Ullmann folgende beachtenswerte Vorschläge: Wenn auch durch die Ausgabe städtischer Noten eine lokale Abhilfe geschaffen wird, so dürfte damit dem Uebelstand nicht völlig abgeholfen werden. Denn damit ist demjenigen, der verreisen muß und dazu größerer Mittel bedarf, nicht gebient. Die einfachste Art der Abhilfe dürfte das in England und Amerika, den Ländern des bargeldlosen Verkehrs, übliche Verfahren sein, das schon in Friedenszeiten dort gang und gäbe war. Dort ist es allgemein Brauch, bei einem beliebigen Postamt eine gewisse Summe, z. B. 500 M., einzuzahlen. Dafür bekommt man von der Post ein Heft mit Checks in verschiedener Höhe (z. B. 10 zu 10 M., 10 zu 20 M., 2 zu 50 M., 1 zu 100 M. = 500 M.), die bei jedem Postamt umgetauscht werden können. Die Checks lauten auf den Inhaber, sind an keine Einlösungzeit bezogen. Umlaufsfreie gebunden und können, da es keiner Nachprüfung des Guthabens bedarf, von Hand zu Hand gehen. Da auch das kleinste Postamt die Einlösung der Checks vornimmt, so dürfte sich das Publikum schnell daran gewöhnen namentlich die Landbevölkerung, die sich dem bargeldlosen Verkehr (Zahlung mit Checks und Ueberweisung) bis jetzt wenig geneigt zeigt.

Kriegsteuerzulage und Demobilisierung.

* Man schreibt uns: Die kommenden Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Es ist deshalb keine Minute zu früh, vermeidbare Uebel zu verhindern. Die heute von den staatlichen und kommunalen Behörden, den großen Werken, Gesellschaften usw., den Beamten, den Arbeitern und Angestellten gewährten Steuerzulagen sind sozulagen ausnahmslos Kriegsteuerzulagen. Das gleiche gilt für die schlecht gestellten Pensionäre, von denen die Altpensionäre durch die grundlegende Zurücklegung noch schlechter gestellt sind als die anderen Pensionäre. Das Kriegsende bedeutet für alle diese Gruppen den Verlust der Kriegsteuerzulage. Da die Lebensverhältnisse sich nicht so plötzlich im gleichen Verhältnis verbilligen, so entstehen ganz unhaltbare Zustände, für viele glatte Hungernöte, wenn nicht gesetzliche Gegenmaßnahmen getroffen werden. Gesetzliche Maßnahmen sind deshalb unbedingt erforderlich, sogar sehr schnell, da das Kriegsende nicht voraussehen ist und vielleicht schon sehr bald eintreten kann. Zu diesem Zeitpunkt muß aber bereits Vorkehrung getroffen sein.

Friedensmöglichkeiten und Warenpreise.

* Wegen die Zurückhaltung des kaufenden Publikums wendet sich dem „Konfektionär“ zufolge ein Mahnwort des Kölner Detailistenverbandes, in dem es heißt: „Beim Publikum herrscht vielfach die Ansicht, daß beim Friedensschluß die Waren im Preise bedeutend sinken würden. Das ist durchaus unzutreffend. Man übersehe dabei, daß es in allen Zweigen an Rohstoffen fehlt. Es fehlt an Wolle, Baumwolle, Seide, Leder, Gummi, an vielen Lebensmitteln, die von Uebersee eingeführt werden müssen, wie Kaffee, Tee, Kakao und vielem anderen. Die nach Friedensschluß allmählich hereinkommenden Waren bedürfen monatelanger Bearbeitung und Zurichtung, bis sie als fertige Handelsware in den Kleinhandel kommen. Und auch dann wird es Monate und noch länger dauern, bis den Ansprüchen der Verbraucher hinlänglich gedeckt werden kann. Daß also in absehbarer Zeit ein Nachlassen der heutigen Preise eintreten wird, ist nicht anzunehmen.“

Maß Baden die Preußen verhalten?

* Zu dieser Frage schreibt der Bürgermeister von Donaueschingen, Landtagsabgeordneter Schön, indem er sich gegen das Gerücht wendet, Baden müßte angeblich bei der Ernährung die Preußen mitschleppen. Unser Völkchen Baden, das 38 Prozent seiner ganzen Kulturlandschaft mit Wald bestanden hat, ist schon wegen dieser Eigenart außerstande, seine Bevölkerung zu ernähren. Ja, wenn die Tannenzapfen Wälder wären! Ueberflußgebiet ist Baden nur in Holz und, wenn die Ernte gut ausfällt, auch in Obst. Auf allen anderen Versorgungsgebieten ist Baden vom Vorrat der anderen und zwar nicht von dem Tische der Nachbarn im Osten, der Schwaben oder der Bayern, sondern von dem „verrufenen Preußen“ angewiesen, der uns Kartoffeln, Korn, Butter, Eier, und es ist nicht zu glauben, auch Schlachtvieh liefert. — So also sieht es mit dem preussischen Miteiler aus, von dem mancher Unverständige spricht.

— Postpaket. Um leichten Ansichten zu begegnen, wird darauf hingewiesen, daß sich die polizeiliche Kontrolle von Paketen, die in den Schalterräumen von Reichspostanstalten gelegentlich ausgeübt wird, auf solche Einzelsendungen beschränkt, in denen der Verdacht begründet erscheint, daß es sich um Postsendungen des gewerblich-mäßigen Schleichhandels handelt. Daß noch nicht ausgelieferte Pakete in solchen Verdachtsfällen von den Polizeibehörden durchsucht wer-

den dürfen, entspricht dem geltenden Rechtszustand — Strafprozeßordnung § 102. Eine solche Durchsuchung kann in den öffentlichen Verkehr dienenden Schaltervorräumen auch auf Grund des § 123 des Strafgesetzbuches nicht verweigert oder verhindert werden.

— Weihnachtspaketverkehr. Um die über die Militärpostämter zu leitenden Weihnachtspakete für die Truppen im Felde möglichst bis zum Feste ihren Empfänger zu führen zu können, müssen sie bis 2. Dezember d. J. aufgegeben sein. In der Zeit vom 3. bis 25. Dezember d. J. werden Pakete für das Feld zur Beförderung nicht angenommen. Wegen der schwierigen Beförderungsverhältnisse nach den entfernteren gelegenen Gebieten wird jedoch die Auslieferung von Paketen dahin bis zu den nachstehend angegebenen Tagen empfohlen: Nach der Türkei und dem Kaukasus bis 20. Oktober d. J. Nach Rumänien und Italien bis 10. November d. J. Nach Finnland bis 20. November d. J. Für Frankreich werden dieselben Aufgabeterminen empfohlen, doch tritt für sie die Annahmeperrre ab 3. Dezember nicht ein. Der Paketverkehr wird durch vorstehende Anordnungen nicht berührt.

Der Tabakmangel. Im Gegensatz zur Zigarettenindustrie, welche immer noch über ausreichende Tabakvorräte verfügt, ist es England gelungen, unsere blühende deutsche Zigaretten- und Rauchtabakindustrie in immer weiterem Umfang lahm zu legen. Dadurch, daß England die holländische Handelsflotte für sich beanspruchte, so daß Holland von den in Niederländisch-Indien aufgesammelten riesigen Tabakvorräten nichts mehr nach Holland hereinbekommt, kann auch Deutschland nicht mehr auf Versorgung mit ausländischem Tabak aus Holland rechnen. Die Südbayerische Tabakzeitung teilt mit, daß, während Holland noch im Jahre 1916 etwa 146 600 Tonnen Tabak aus Uebersee einführen konnte, es im Jahre 1917 nur noch ein Fünftel mit 30 200 Tonnen und im ersten Halbjahr 1918 nur noch 100 Tonnen hereinzubringen vermochte. Die natürliche Folge der Zählung der niederländischen Tabakeinfuhr war, daß die holländische Ausfuhr nach Deutschland und nach Österreich-Ungarn zurückging. Während Holland im Jahre 1916 noch 116 600 Tonnen nach Deutschland einführte, konnte es uns 1917 nur noch 19 600 Tonnen und im ersten Halbjahr 1918 sogar nur noch 1850 Tonnen liefern.

Kleine Chronik.

(—) Was der Brotmarkenhandel einbringt. Eine Schneiderfamilie in Berlin, die den Brotmarkenhandel und Handel im großen betrieb hat, ist von der Polizei verhaftet worden. Heute 16-jähriger Sohn sitzt in einer Truderei Reichsbrotmarken und sein Vater brachte sie in den Handel. Bei einer Durchsuchung der Wohnung fanden die Beamten zwar nur wenige Marken, dafür aber 15 000 Mark bares Geld. Während die verhaftete Familie nach der Wache gebracht wurde, kam der Sohn der Bäckerin mit einem kleinen Paket zur Mutter, das er beim Spielen auf dem Hofe gefunden hatte. Die Frau öffnete es und fand darin 50 000 Mark. Sie brachte das Geld zur Polizei. Heute, der auf eine Hausdurchsuchung gefaßt war, hatte seinen Schatz seinem Sohne zugestrichelt, und dieser hatte ihn unbedacht aus dem Fenster geworfen. Heute gibt zu, daß das ganze Geld aus dem Handel mit den gestohlenen Brotmarken stammt. Außer der Familie Henke wurde noch eine Frau Köhler verhaftet, die hauptsächlich den Verkauf der Marken besorgt hat. Sie gab für jede Karte 3 Mark und verkaufte sie für 4.50 Mark bis 6 Mark weiter.

(—) Um ihren Ehemann los zu werden und mit ihrem Liebhaber weiter ein ungebundenes Leben führen zu können, ersann die Frau des Lokomotivführers Gayla in Kattowitz folgenden Plan: Sie veranlaßte ihren Liebhaber, sich Fensterriemen und Fenstervorhänge aus Eisenbahnwagen zu beschaffen und brachte diese in einer Kiste heimlich in der Wohnung des Mannes unter. Dann erstattete sie Anzeige, daß ihr Mann Lederriemen aus Eisenbahnwagen gestohlen habe. Es wurde in der Wohnung des Mannes eine Untersuchung vorgenommen, wobei man auch tatsächlich die angeblich gestohlenen Sachen fand. Gegen Gayla wurde Anklage erhoben. In der Verhandlung gelang es dem Angeklagten jedoch, seine Unschuld nachzuweisen, und der „trollische Plan“ der Angeklagten wurde in allen Einzelheiten aufgedeckt. Gayla wurde freigesprochen und das Verfahren gegen die Ehefrau, sowie deren Liebhaber eingestellt.

Weinzeitung.

Vom Weinmarkt.

* Die in den letzten Wochen herrschende Flaute im Weinhandel hält noch an. Die Kaufabschlüsse sind sogenannte „Kaufkäufe“, d. h., der betreffende Handel mußte seine knappen Vorräte aufräumen. Ganz besonders machen die ausbleibenden Aufträge der Heeresverwaltung sich stark preisdrückend bemerkbar. Auch die gegenwärtige Kriegslage bzw. die Friedensausichten wirken drückend auf das Barometer der Weinspekulanten.

Gerichtszeitung.

* Eine Anzahl Hühnerbesitzer aus Neudorf und Ektville stand vor der Strafkammer zu Wiesbaden wegen fälschlicher Eierablieferung. Da nach dem Gutachten des Sachverständigen, Hauptlehrer Wittgen aus Marbach, es den Angeklagten gar nicht möglich war, in der festgesetzten Zeit vom 12. Juni bis 15. Aug. das vorgeschriebene Eierdepot abzuliefern, lautete das Urteil auf kostenlose Freisprechung.

Kein Kriegswucher.

* Ein Zigarettenhändler in Wiesbaden hat jemanden ein Kistchen Zigaretten, die er selbst mit 30 Mark bezahlt hatte, zu 40 Mark verkauft. Weil die Anklagebehörde diesen Profit von 10 Mark als einen übermäßigen im Sinne der Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1918 ansah, ging ihm eine Strafverurteilung über 100 Mark zu, das Schöffengericht aber erließ einen Freispruch auf Grund des Gutachtens zweier Sachverständigen, daß ein Bruttogewinn von 25 Proz. des Verkaufspreises im Zigaretten-Kleinhandel als ein mäßiger angesehen werden müsse.

Der Franzosenkuß.

* Raunheim, 4. Nov. Zehn Tage Gefängnis für den Franzosenkuß. Die 18 Jahre alten Fabrikarbeiterinnen Lina Dicksel und Elisabetha Meister von hier unterhielten in der Fabrik mit französischen Kriegsgefangenen unerlaubten Verkehr und ließen sich im Beisein anderer von diesen küssen. Die beiden leichtfertigen Mädchen büßen ihr in der jetzigen ersten Zeit doppelt verwerfliches Treiben mit je 10 Tagen Gefängnis.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destr.

Leitwort: Kaninchenzucht zur Bänderung der Fleischnot.

Der Geflügel- und Kaninchenzucht-Verein Nieder-Walluf

veranstaltet am 9. und 10. November d. J. Jahres eine

Lokale Geflügel- u. Kaninchen-Ausstellung, unter der Schirmherrschaft des Herrn Bürgermeisters Jansen, in der Turnhalle.

Eröffnung Samstag, den 9. November, mittags 2 Uhr.

Eintritt: Samstags 50 Pfg., Sonntags 30 Pfg.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein

Der Vorstand.

Pelzwaren

G. Gompertz

Ludwigstr. 1. MAINZ. Telephon 1595.

Umarbeitungen werden durch erste fachmännische Kraft ausgeführt.

Atelier für mod. Fotografie

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28

Moderne Fotos, Fotoklizen, Gruppenbilder, Heimantnahmen Vergrößerungen nach jedem Bild. Großes Lager in Vergrößerungen und Anhängern. Aufnahmen dazu gratis.

12 Postkarten v. Mk. 2.50 an, 12 Fotos 75 Pfg., 12 Fotos Mk. 1.50.

Reisepassbilder in sofort. Ausführung.

Entnahme bei jed. Witterung, bis abends 9 Uhr. Sonntags v. vorm. 10 bis mitt. 2 Uhr geöffnet.

Elektr. Kopieranstalt, Entwickeln von Film u. Platten u. Abzüge auch fürs Feld.

Möbel und Betten

:: in grosser Auswahl :: zu sehr billigen Preisen.

Neu aufgenommen!

Stuhlsitze

für jeden Stuhl passend zum billigsten Preis.

Gebrüder Hallgarten

Bingen, Schmittstrasse 23.

Mehrere ein- und zweispännige Wagen sowie Schubladen zu verkaufen. Interessenten wollen unter J. G. 400 ihre Adresse bei der Expedition d. Bz. abgeben.

Piano's

stimmt und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger Hof-Piano-Fabrik.

Gegr. 1845. Tel. 44, Münsterstr. 10.

Arbeiter

finden dauernde Beschäftigung in der

Seitellerei Schulte,

Schierstein a. Rh.

Frauen und Mädchen

finden lohnende Beschäftigung in der Trockenerei

Malzfabrik Kels, Eltville.

Zuverlässiges Mädchen

in ruhigen, kinderlosen Haushalt (2 Personen), sofort gesucht.

Frau Frings, Eltville a. Rh., Schwalbacherstr. 39.

Alleinmädchen.

Ich suche für sofort oder 15. November für einen kleinen Haushalt ein tüchtiges

Frau Sanitätär Dr. A. Cahn,

Mainz, Karmeliterplatz 6.

Arbeiter u. Arbeiterinnen

nimmt ständig an

Chemische Fabrik, Winkel.

Fließige

Frauen u. Mädchen

für leichte Arbeit gesucht.

August Haenchen,

Elektrotechnische Fabrik,

Eltville a. Rh.

Hausmädchen

gesucht.

Näheres zu erfragen im

Bertrag d. Bz.

Monatsmädchen

in Destr. gesucht.

Näheres Expedition d. Bz.

Echte, schwere, weiße

Saaneziege,

hornlos, großes Tier, 2X gelammt, zu verkaufen. Schlachtziege wird in Tausch genommen.

E. Pötters, Eltville.

Verwalter

Religions-, katholischer

militärfrei, sucht, geführt auf

gute Zeugnisse und Referenzen,

Stellung auf einem Weingut im Rheingau.

Angebote unter A. 300 an den Rheingauer Bürgerfreund

erbeten.

Jedes Quantum

Dickwurz

kauft zu den höchsten Preisen

p. Brentano'sche Gutverwaltung

in Winkel.

Ein kräftiger

Fahrochse

zu verkaufen bei

Heinrich Fischer,

Erbach i. Rheing., Marktstr. 1.

Prima kräftiger

Fahr-Ochse

steht zu verkaufen.

Geisenheim a. Rh., Reugasse 9.

Alleinstehende

Witwe

wom. Stande, kath., sucht die

Führung eines frauenlosen

Haushalts zu übernehmen.

Off. unter Nr. 7. 700 an den Verlag des „Rheingauer

Bürgerfreund“ erbeten.

Adam Etienne, Oestrich.

Sämtliche

Formulare

für

Bürgermeistereien

Kirchen

Schulen

Kaufleute

Priate

nach Vorschrift

lose und eingebunden.